



Viel Geld für wenig CO₂-Reduktion

Das nationale Gebäudeprogramm, mit dem Bund und Kantone energetische Sanierungen mit jährlich 300 Millionen Franken subventionieren, hält kaum, was es verspricht. Das zeigen jetzt die Resultate des Vorläuferprogramms.

HANSPETER GUGGENBÜHL

Letztes Jahr startete das nationale Gebäudeprogramm mit dem Ziel, den Klimawandel zu bremsen. Bund und Kantone subventionieren damit energetische Sanierungen von Gebäuden mit jährlich 300 Millionen Franken. Mit diesem Mittel, prophezeite der Bundesrat in seiner Botschaft zur Revision des CO₂-Gesetzes, lasse sich der Ausstoss von CO₂ ab 2020 um 2,2 Millionen Tonnen pro Jahr senken.

Mehr Förderung

Die 2,2 Millionen Tonnen entsprechen einem Anteil von 5 Prozent am gesamten CO₂-Ausstoss in der Schweiz. Das Gebäudeprogramm gilt damit als wirkungsvollste Massnahme der nationalen Klimapolitik. Finanziert wird es mit einem Beitrag von jährlich 200 Millionen Franken aus dem Erlös der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen; die übrigen 100 Millionen steuern die Kantone bei. Das Parlament will nun den Förderbeitrag aus der CO₂-Abgabe auf 300 Millionen erhöhen; zusammen mit den Kantonsbeiträgen stünden künftig 400 Millionen Subventionsfranken für energetische Gebäudesanierungen zur Verfügung. Damit, rechnet der Bund,

könnten die CO₂-Emissionen ab 2020 um jährlich 2,9 Millionen Tonnen reduziert werden.

Weniger Wirkung als erwartet

Dass diese Prognosen sich 2020 erfüllen, ist unwahrscheinlich. Dies zeigen die kürzlich präsentierten Resultate aus dem früheren Gebäudeprogramm, welches die private Stiftung Klimarappen

von Mitte 2006 bis Ende 2009 durchführte:

- Die Stiftung subventionierte in diesem Zeitraum rund 8000 Sanierungen in öl- und gasbeheizten Gebäuden und zahlte dafür 175 Millionen Franken. Dank dieser Sanierungen sinkt der CO₂-Ausstoss in der Schweiz ab 2011 jährlich um 0,07 Millionen Tonnen. Das sind 0,16 Prozent der ge-



Bild: fotolia

Isolationsarbeiten an einem Einfamilienhaus.



samt CO₂-Emissionen – weit unter den Erwartungen.

- Bund und Kantone wenden von 2010 bis 2019 3 Milliarden Franken fürs Gebäudeprogramm auf (zehnmal 300 Millionen gemäss bisheriger Regelung). Nimmt man nun an, das neue Programm bewirke pro Subventionsfranken gleich viel CO₂-Reduktion wie das Vorläuferprogramm (mit 175 Mio. Fr.): In diesem Fall würde der CO₂-Ausstoss im Jahr 2020 lediglich um 1,2 Millionen Tonnen abnehmen. Das wäre nur etwas mehr als halb so viel wie die 2,2 Millionen Tonnen CO₂-Reduktion, die der Bundesrat prophezeit.

Tiefere Anforderungen

Die Annahme, das nationale Programm wirke pro Subventionsfranken gleich wie das Vorläuferprogramm, ist allerdings unsicher; dies aus drei Gründen:

- Das Programm des Klimarappens war begrenzt auf die Gebäudehülle von öl- und gasbeheizten Häusern. Das neue erfasst auch jene Häuser, die mit Strom oder erneuerbarer Energie beheizt werden; bei diesen Gebäuden sparen Sanierungen zwar ebenfalls Energie, bringen aber keine zählbare CO₂-Reduktion.

- Das neue Programm setzt tiefere Anforderungen an den Umfang der Sanierungen als das Vorgängerprogramm: Fördergelder erhalten jetzt auch jene Hauseigentümer, die nur einen Bauteil verbessern und damit wenig Energie einsparen.

- Auf der andern Seite unterstützt das neue Programm nicht nur die Sanierung der Gebäudehülle. Subventioniert wird auch, wenn Hausbesitzer fossile durch erneuerbare Energie oder Abwärmenutzung ersetzen. Investitionen in erneuerbare Energie, so vertritt eine Expertin, brächten pro Franken mehr CO₂-Reduktion als Investitionen in die Gebäudehülle.

Kritik am Bund

Kritik am Bund übt Hans Luzius Schmid, einst Vizedirektor im Bundesamt für Energie und Leiter von «EnergieSchweiz», heute Stiftungsrat des Klimarappens. Leider seien die Erfahrungen des Klimarappens weder in der CO₂-Gesetzesrevision noch im laufenden Gebäudeprogramm hinreichend berücksichtigt, bedauert Schmid und folgert: Die CO₂-Einsparungen für das neue Gebäudeprogramm dürften massiv überschätzt worden sein.